

Korruption in Österreich

1,5 Mrd. Euro Bestechungsgelder pro Jahr

Länge: 3:03 min

Ö1 Mittagsjournal - Markus Müller

Vor einem Jahr ist eine österreichische Sektion von Transparency International gegründet worden. Der ehemalige Präsident des Rechnungshofes, Franz Fiedler, ist Vorsitzender des Beirates.

Korruption noch nicht besiegt

Jeder zwanzigste Österreicher oder eines seiner Familienmitglieder hat im vergangenen Jahr Bestechungsgeld gezahlt. Das ergibt die aktuelle Erhebung von Transparency International. Die Korruption sei in Österreich nicht besiegt und müsse daher tagtäglich bekämpft werden, sagt Fiedler.

Um einen Platz zurückgefallen

Österreich sei zwar nach wie vor am elfbesten Platz der internationalen Bewertung: Im Vergleich zum Vorjahr hat es aber Punkte verloren und ist um einen Platz zurückgefallen.

Transparentere Parteienfinanzierung

Laut der Umfrage von Transparency International sehen die Österreicher besonders im politischen Bereich Korruptionsgefahr. Auch Fiedler sieht hier Regelungsbedarf: Er fordert, dass die Finanzierung der Parteien transparenter gestaltet wird: Parteispenden über 7.260 Euro müssen zwar an den Rechnungshof gemeldet werden, allerdings nicht, wenn sie von Kammern oder Berufsvereinigungen kommen. Erfahrungsgemäß würden jedoch gerade diese Einrichtungen am meisten spendieren, meint Fiedler.

Vorbildwirkung fehlt

Auch im Strafrecht bestehen Lücken: Es sei bedenklich, dass Bestechung von Abgeordneten nicht strafbar sei, ebenso wenig wie die Geschenkkannahme durch Regierungsmitglieder ohne Bezug auf eine konkrete Amtshandlung. Dadurch sei ein Fall wie die Homepage-Affäre des Finanzministers überhaupt erst möglich geworden. Eine der größten Kontrolllücken sei, dass der Rechnungshof Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern nicht von sich aus prüfen könne. Allein die Möglichkeit einer solchen Kontrolle hätte präventive Wirkung und würde manche Probleme gar nicht erst entstehen lassen.

Kritik: Propaganda steht vor Information

Genauere Richtlinien wären auch bei der Informationsarbeit der Bundes- und Landesregierungen notwendig. Nicht die Informationspolitik der Bevölkerung, sondern Propaganda für die jeweilige politische Partei würden dabei oft im Vordergrund stehen, kritisiert Fiedler.

"Schädigung der Allgemeinheit"

Korruption gebe es aber nicht nur in der Politik und der öffentlichen Verwaltung, sondern auch in der Privatwirtschaft, etwa im Gesundheitssektor. Der Kampf gegen die Korruption müsse daher auf jeden Fall verstärkt werden, sagt Franz Fiedler. Die Menschen müssten erkennen, dass die Korruption eine Schädigung der Allgemeinheit ist.

<http://oe1.orf.at/inforadio/70926.html?filter=3> (Sa, 09.12.2006)